1 **Beschaffer**

1.1 **Beschaffer**

Offizielle Bezeichnung: Stadtverwaltung Neuwied

Art des öffentlichen Auftraggebers: *Körperschaften des öffentlichen Rechts auf Kommunalebene*

Haupttätigkeiten des öffentlichen Auftraggebers: *Allgemeine öffentliche Verwaltung*

2 **Verfahren**

2.1 **Verfahren**

Titel: Lieferung von zwei Mannschaftstransportfahrzeugen für die Feuerwehr der Stadt Neuwied
sowie die Option zur Lieferung eines weiteren baugleichen dritten Mannschaftstransportfahrzeugs

Beschreibung: Lieferung von Mannschaftstransportfahrzeugen

Kennung des Verfahrens: 5ea6cfa3-b843-47e3-acf8-40fafc23d9f0

Interne Kennung: 2024-72

Verfahrensart: *Offenes Verfahren*

Beschleunigtes Verfahren: **nein**

2.1.1 **Zweck**

Art des Auftrags: *Lieferleistungen*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 35000000 *Ausrüstung für Sicherheitszwecke, Brandbekämpfung, Polizei und Verteidigung*

2.1.2 **Erfüllungsort**

NUTS-3-Code: *Neuwied* (DEB18)

Land: *Deutschland*

2.1.4 **Allgemeine Informationen**

Zusätzliche Informationen: [1.] Landestariftreuegesetz - LTTG Rheinland-Pfalz - Landesgesetz zur Schaffung tariftreuerechtlicher
Regelungen – Rheinland-Pfalz Zweites Landesgesetz zur Änderung des Landestariftreuegesetzes
vom 8. März 2016: Die Bieter/Bewerber haben die Verpflichtung das Landestariftreuegesetz
(LTTG) Rheinland-Pfalz zu beachten und einzuhalten. Das Landesgesetz zur Gewährleistung
von Tariftreue und Mindest-entgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben

(Landestariftreuegesetz
- LTTG) verpflichtet öffentliche Auftraggeber öffentliche Aufträge ab einem geschätztem
Netto-Auftragswert von 20.000 Euro nur an solche Unternehmen zu vergeben, die bei
der Angebotsabgabe schriftlich eine Tariftreueerklärung bzw. eine Mindestentgelterklärung
vorlegen. Im Hinblick auf das v. g. Landesgesetz machen wir darauf aufmerksam, dass
gemäß § 6 Nachweise und Kontrollen LTTG dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung
der Verpflichtung nach §§ 3 Mindestentgelt und 4 Tariftreuepflicht auf dessen Verlangen
jederzeit nachzuweisen ist und im Falle der Missachtung nach § 7 LTTG sanktioniert
wird. Im Kontext zu § 7 Sanktionen LTTG wird um die Einhaltung der Verpflichtungen
nach §§ 3 bis 6 zu sichern, für einen schuldhaften Verstoß eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 v.H. des Auftragswertes vereinbart. In diesem Zusammenhang ist das beauftragte
Unternehmen zur Zahlung einer Vertragsstrafe auch für den Fall verpflichtet, dass der Verstoß durch ein Nachunternehmen begangen wird und das beauftragte Unternehmen
den Verstoß kannte oder kennen musste. Des Weiteren wird vereinbart, dass die mindestens
grob fahrlässige und erhebliche Nichterfüllung einer Verpflichtung nach §§ 3 bis 6 durch das beauftragte Unternehmen den öffentlichen Auftraggeber zur fristlosen Kündigung
aus wichtigem Grund berechtigt. Bei Fehlen der Mindestentgelterklärung bei Angebotsabgabe
und Nichtvorlage derselben nach Aufforderung durch den Auftraggeber ordnet § 3 Abs.
1 LTTG an, das Angebot von der Wertung auszuschließen.
Bei Fehlen der Tariftreueerklärung bei Angebotsabgabe und Nichtvorlage derselben nach
Aufforderung durch den Auftraggeber ordnet § 4 Abs. 6 LTTG an, das Angebot von der
Wertung auszuschließen. Bieter/Bewerber mit Sitz im Inland, sowie deren Nachunternehmer
mit Sitz im Inland, Verleiher von Arbeitskräften mit Sitz im Inland haben gemäß den
Vorgaben des LTTG Rheinland-Pfalz eine Verpflichtungserklärung abzugeben.
Dies gilt auch, falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz im Inland beschäftigt sind. [2].Der Bewerber hat anzugeben inwieweit sein Unternehmen einen Bezug zu Russland
hat. Dafür ist die Erklärung (Anlage in den Vergabeunterlagen) auszufüllen und als Teil der Angebotsunterlagen abzugeben. Diese Erklärung ist auch für Unterauftragnehmer,

Lieferanten oder Eignungsverleiher gem. den Bedingungen der Erklärung abzugeben. Der
Angebotsunterlagen sind auf der Vergabeplattform (www.subreport.de bzw. iTWO tender)

eingestellt.
[3] .Die Angebotsunterlagen / Teilnahmanträge und die anderen einzureichenden, bearbeitbaren
Formulare sind auf den eigenen Rechner herunterzuladen, dort lokal auszufüllen und
zu speichern. Angebote können ausschließlich von registrierten Bewerbern über die
Vergabeplattform (www.subreport.de) in Textform eingereicht werden. Die ausgefüllten
und lokal gespeicherten Unterlagen sind als Teil des Angebot auf die Plattform hochzuladen.
Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform ist der Bieter, der die Erklärung
abgibt, zu benennen. Die Kommunikation (Fragen, Auskünfte) erfolgt ausschließlich
über die Vergabeplattform.
[4]. Der öffentliche Auftraggeber kann den Auftrag auf der Grundlage der Erstangebote
vergeben, ohne in Verhandlungen einzutreten (vgl. § 17 Abs. 11 VgV). [5]. Teilnahmeanträge, die nach Ablauf des vorgenannten Schlusstermins eingehen, werden von der Wertung ausgeschlossen. Der Teilnahmeantrag ist unter Verwendung der in den
Vergabeunterlagen enthaltenen Formblätter im PDF-Dateiformat, ggf. eingescannt, ohne
Kopier- / Druckschutz, zu übermitteln, sofern in den Vergabeunterlagen kein anderes
Format vorgegeben oder zugelassen ist. Eine Abgabe der Teilnahmeanträge per Post, Fax oder E-Mail ist nicht zugelassen.
[6]. Diese Hinweise gelten auch für Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

Anzuwendende grenzübergreifende Rechtsvorschrift: CrossBorderLaw

2.1.6 **Ausschlussgründe**

Quellen der Ausschlussgründe: *Bekanntmachung*

Rein nationale Ausschlussgründe: Der Auftraggeber wird einen Bewerber von der Teilnahme am Vergabeverfahren ausschließen, wenn ein zwingender Ausschlussgrund i. S. d. § 123 GWB vorliegt. Ferner kann der Auftraggeber
unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit einen Bewerber auch dann ausschließen, wenn ein fakultativer Ausschlussgrund i.S.d. § 124 GWB gegeben

ist. Daneben wird auf die Ausschlussgründe nach § 19 Abs. 1 MiLoG, § 2 1 Abs. 1 §
A-EntG, 98c AufenthG, § 21 SchwarzArbG, § 22 LkSG und §14 Bundestariftreuegesetz hingewiesen.

Zum Nachweis des Nichtvorliegens der Ausschlussgründe haben Bewerber und bevollmächtigte

Vertreter einer Bewerbungsgemeinschaft gemäß §§ 123 und 124 GWB ist die in den Vergabeunterlagen
beigefügte Anlage Eigenerklärung zur Eignung vollständig auszufüllen. Hinweis: Angaben zu etwaigen Ausschlussgründen und ggf. ergriffenen Selbstreinigungsmaßnahmen
gemäß § 125 GWB sind auf separater Anlage zu machen. Sonstige (nicht bevollmächtigte)
Mitglieder der Bewerbergemeinschaft und eignungsverleihende Unternehmen haben ebenfalls eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen abzugeben. Dafür hat jedes nicht bevollmächtigte Mitglied der Bewerbergemeinschaft
und jedes eignungsverleihende Unternehmen, auf dessen Kapazitäten der Bewerber sich
zum Nachweis seiner
Eignung beruft (vgl. § 47 VgV) eine Erklärung ausgefüllt und in Textform dem Teilnahmeantrag
beizufügen. Angaben zu etwaigen
Ausschlussgründen und ggf. ergriffenen Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB sind
auf separater Anlage zu machen.

5 **Los**

5.1 **Interne Referenz-ID Los**: LOT-0001

Titel: Lieferung von zwei (optional drei) Mannschaftstransportfahrzeugen MTF

Beschreibung: Der Auftraggeber beauftragt verbindlich zwei baugleiche Feuerwehrfahrzeuge und behält
sich aufgrund der noch ausstehenden Klärung eines Unfallschadens die Option vor, ein drittes baugleiches Fahrzeug abzurufen. Die Option kann bis zum 01.04.2027 in Textform
ausgeübt werden. Sollte die Option nicht beauftragt werden können wird dies unverzüglich
dem Auftragnehmer schriftlich mitgeteilt. Eine Verpflichtung zur Ausübung besteht nicht. Bei Nichtausübung entstehen dem Auftragnehmer keine Vergütungs- oder Entschädigungsansprüche.

Die Mannschaftstransportfahrzeuge müssen der DIN EN 1846-Teil 2 in ihrer jeweils gültigen
Fassung entsprechen, ferner sind die weiterführende Vorschriften des Landes Rheinland-Pfalz
zu berücksichtigen. Der Feuerwehrtechnische Aufbau muss der DIN 14530, der EN 1846-3, der E-DIN 14202-2 in ihrer jeweils gültigen Fassung entsprechen.

Beginn: mit Auftragsvergabe (voraussichtlich 1.KW/2027)
Ende: 12 Monate nach Auftragserteilung

Interne Kennung: LOT-0001 2026-72

5.1.1 **Zweck**

Art des Auftrags: *Lieferleistungen*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 35000000 *Ausrüstung für Sicherheitszwecke, Brandbekämpfung, Polizei und Verteidigung*

5.1.2 **Erfüllungsort**

NUTS-3-Code: *Neuwied* (DEB18)

Land: *Deutschland*

Zusätzliche Angaben zum Erfüllungsort:

5.1.3 **Geschätzte Dauer**

Sonstige Angaben zur Dauer: *Unbekannt*

5.1.6 **Allgemeine Informationen**

Vorbehaltene Teilnahme: *Teilnahme ist nicht vorbehalten.*

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: *Nicht erforderlich*

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: **nein**

Diese Auftragsvergabe ist besonders auch geeignet für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU): **ja**

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#,#Besonders auch geeignet für:selbst#,#Besonders auch geeignet für:startup#,#Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7 **Strategische Auftragsvergabe**

Art der strategischen Beschaffung: *Keine strategische Beschaffung*

5.1.9 **Eignungskriterien**

Quellen der Auswahlkriterien: *Bekanntmachung*

Kriterium: *Eintragung in ein relevantes Berufsregister*

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister:

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:
Für die Eignung werden folgende Angaben und Nachweise verlangt: a) Registereintragungen:

Erklärung zur Registereintragung im im Berufsregister. Falls das Angebot in die engere Wahl kommt, müssen die Bewerber/Bieter zur Bestätigung Ihrer Erklärung folgende Nachweise
vorlegen: Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle bzw. bei der Industrie- und Handelskammer.
b) Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit
als Bewerber oder Bieter in Frage stellt.
c) Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft. Falls das Angebot in die engere Wahl kommt, müssen die Bewerber/Bieter zur Bestätigung dieser Angabe eine qualifizierte
Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des für Ihr Unternehmen zuständigen
Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen vorlegen. Die Eignung ist durch Eigenerklärungen
gem. Formblatt „Eigenerklärungen zur Eignung“ nachzuweisen.

Beruft sich der Bieter zur Erfüllung des Auftrages auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, sind die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß dem Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“
auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Nach Aufforderung sind die fehlenden Erklärungen und Nachweise innerhalb von 10 Kalendertagen vorzulegen. Die Vergabeunterlagen incl. das Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" stehen unter dem in 5.1.11 genannten Zugang uneingeschränkt und vollständig zur Verfügung.

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen* **Beschreibung des Auswahlkriteriums**: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:
1) Für die Eignung werden folgende Angaben und Nachweise verlangt: a) Umsatz des Unternehmens
in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren.
2) Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung: Erklärung, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt wurden.

Falls das Angebot in die engere Wahl kommt, müssen die Bewerber/Bieter zur Bestätigung dieser Angaben eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen (soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt) vorlegen.

Die Eignung ist durch die Eigenerklärungen gem. Formblatt „Eigenerklärungen zur Eignung“ nachzuweisen. Beruft sich der Bieter zur Erfüllung des Auftrages auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, sind die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß dem Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen.
Nach Aufforderung sind die fehlenden Erklärungen und Nachweise innerhalb von 10 Kalendertagen vorzulegen. Die Vergabeunterlagen incl. das Formblatt
"Eigenerklärung zur Eignung" stehen unter dem in 5.1.11 genannten Zugang uneingeschränkt und vollständig zur Verfügung.

Kriterium: *Referenzen zu bestimmten Lieferungen*
Beschreibung des Auswahlkriteriums: 1) Referenzen: Der Bieter muss mit seinem Angebot mindestens drei vergleichbare Referenzen nachweisen, die die erfolgreiche Durchführung von Projekten oder Lieferungen in Bezug
auf die ausgeschriebenen Anforderungen dokumentieren. Vergleichbare Referenzen müssen

sich auf Projekte beziehen, die in Art, Umfang und Komplexität den Anforderungen der Ausschreibung entsprechen. Die Referenzen müssen dabei die Erfüllung der geforderten Leistungen belegen.

2) Falls das Angebot in die engere Wahl kommt:
a) Angaben zu Arbeitskräften: Erklärung des Bieters/Bewerbers, dass Ihm für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Arbeitskräfte
zur Verfügung stehen.
b) Angabe/Erklärung die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal angeben. Die Eignung ist durch die Eigenerklärungen gem. Formblatt „Eigenerklärungen zur Eignung“ nachzuweisen. Beruft sich der Bieter zur Erfüllung des Auftrages auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, ist die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß dem Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Nach Aufforderung sind die fehlenden Erklärungen und Nachweise innerhalb von 10 Kalendertagen vorzulegen. Die Vergabeunterlagen
incl. das Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" stehen unter dem in 5.1.11 genannten

Zugang uneingeschränkt
und vollständig zur Verfügung.

5.1.10 **Zuschlagskriterien**

Kriterium:

Art: *Preis*

Beschreibung: Preis 45%

Kriterium:

Art: *Qualität*

Beschreibung: Qualität: 55%:
- Umsetzung der im LV beschriebenen Anforderungen und Leistungsdaten 35%
- Garantie Fahrgestell 10 %
- Lieferzeit 10%

5.1.11 **Auftragsunterlagen**

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: *Deutsch* **Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen**: 25/11/2026 09:30 +02:00

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.subreport.de/E54146486

5.1.12 **Bedingungen für die Auftragsvergabe**

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: *Erforderlich*
Adresse für die Einreichung: https://www.subreport.de/E54146486 **Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können**: *Deutsch*

Elektronischer Katalog: *Nicht zulässig*

Nebenangebote: *Nicht zulässig*

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: *Nicht zulässig*
Frist für den Eingang der Angebote: 02/12/2026 09:30 +01:00 **Dauer,**

während der das Angebot gültig bleiben muss: 50 **Tag**

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Die Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist nicht ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen: Die Vergabestelle kann gemäß § 56 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Satz 2 VgV unternehmensbezogene
und leistungsbezogene Unterlagen nachfordern oder vervollständigen.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Datum des Eröffnungstermins: 02/12/2026 09:30 +01:00

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten: *Nein*

Elektronische Rechnungsstellung: *Erforderlich*

Aufträge werden elektronisch erteilt: **ja**

Zahlungen werden elektronisch geleistet: **ja**

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Die Teilnahme von Bietergemeinschaften ist zulässig. Alle Mitglieder der Bietergemeinschaften
sind mit vollständigen Adressangaben auf dem Vordruck "234 Erklaerung Bieter- Arbeitsgemeinschaft"
zu nennen. Ferner ist auf diesem verbindlich von allen Mitgliedern jeweils zu erklären, dass alle Mitglieder der Bietergemeinschaften (und später der Arbeitsgemeinschaft)
als Gesamtschuldner haften (sog. Gesamtschuldnererklärung). Wenn in den Vergabeunterlagen
von „Bietern“ gesprochen wird, gelten die Ausführungen entsprechend
auch für Bietergemeinschaften.
Der Vordruck "236 Verpflichtungserklaerung anderer Unternehmen" ist für jedes Mitglied
der Bietergemeinschaft gesondert auszufüllen.

5.1.15 **Techniken**

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16 **Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung**

Überprüfungsstelle: Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Energie und Klima des Landes Rheinland-Pfalz

- Vergabekammer Rheinland-Pfalz

Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit der Antragsteller
den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags
erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen
gerügt hat; Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar
sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur

Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, Verstöße
gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens
bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe. Der Nachprüfungsantrag
ist ebenfalls unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung
des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Stadtverwaltung Neuwied

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadtverwaltung Neuwied

Organisation, die Angebote bearbeitet: Stadtverwaltung Neuwied

8 **Organisationen**

8.1 ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadtverwaltung Neuwied

Identifikationsnummer: Berichtseinheit-ID 00000628

Postanschrift: Engerser Landstr. 17

Ort: Neuwied

Postleitzahl: 56564

NUTS-3-Code: *Neuwied* (DEB18)

Land: *Deutschland*

E-Mail: verdingungsstelle@neuwied.de

Telefon: 026318020

Internet-Adresse: https://www.neuwied.de

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

Organisation, die Angebote bearbeitet

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1 ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Energie und Klima des Landes Rheinland-Pfalz
- Vergabekammer Rheinland-Pfalz

Identifikationsnummer: USt-ID: DE355604198

Postanschrift: Stiftsstraße 9

Ort: Mainz

Postleitzahl: 55116

NUTS-3-Code: *Mainz, Kreisfreie Stadt* (DEB35)

Land: *Deutschland*

E-Mail: vegabekammer.rlp@mwvlw.rlp.de

Telefon: 06131162234

Fax: 0613116162113

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 1cbd2a9b-f1b2-49a1-ad17-dd762a3581fc - 01
Formulartyp: *Wettbewerb*

Art der Bekanntmachung: *Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung*

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 22/10/2026 11:15 +02:00

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: *Deutsch*

Stadtverwaltung Neuwied
Neuwied, der 31.10.2026

(Jan Einig)
Oberbürgermeister